

Von Spinnenrobotern und Steaks aus dem 3-D-Drucker

Die beiden Schwerpunktthemen der diesjährige Frühjahrssitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft waren Lebensmittelkennzeichnung und die Auswirkung der Digitalisierung auf den Agrarmarkt.

Zum Thema Lebensmittelkennzeichnung konnte der BGA Dr. Christoph Meyer als Experten gewinnen. Er leitet im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft das Referat für Lebensmittelinformation und Lebensmittelkennzeichnung. Nach seinem Vortrag, in dem die Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln im Mittelpunkt standen, machten die Teilnehmer in der anschließenden Diskussion deutlich, dass die Anforderungen an die Herkunftskennzeichnung die Unternehmen vor große praktische und wirtschaftliche Probleme stellen. So würden sich die Warenströme für viele Produkte täglich verändern. Diese Veränderungen im Rahmen der Herkunftskennzeichnung widerzuspiegeln könne die Kosten derart in die Höhe treiben, dass die Rentabilität für die jeweiligen Produkte in Frage zu stellen sei. Im schlimmsten Fall müssten Produkte aus dem Angebot gestrichen werden. Ein solches Szenario wäre umso ärgerlicher, als starke Zweifel daran bestünden, welchen Nutzen die Herkunftskennzeichnung habe. In der Regel kennen die Verbraucher weder die Anbau- noch die Verarbeitungsbedingungen in den Herkunftsländern, sodass eine entsprechende Kennzeichnung keinen Mehrwert für die Verbraucher bringe. Studien belegten zudem, dass Verbraucher zwar ein hohes Interesse an der Herkunft der Produkte haben, sie in der Regel aber nicht bereit seien, die Kosten einer detaillierten Herkunftskennzeichnung zu tragen. Dr. Meyer räumte ein, dass die Anforderungen der Herkunftskennzeichnung insbesondere kleine Unternehmen vor große Herausforderungen stellen.

„Es geht immer um den Kunden“

Zum Schwerpunktthema Auswirkungen der Digitalisierung auf den Groß- und Außenhandel im Agrarbereich hatte der BGA Prof. Dr. Julian Voss eingeladen. Er ist Professor für Food- und Agribusiness an der Privaten Hochschule Göttingen und geschäftsführender Gesellschafter der Agrifood

Consulting. Voss stellte zunächst die Veränderungen durch die Digitalisierung im Agribusiness vor. Er berichtete unter anderem über autonome Mähdrescher, Spinnenroboter, die die Saat übernehmen, precision farming mittels Drohnen und Steaks aus dem 3-D-Drucker. Der studierte Betriebswirt erklärte weiter, es gebe zurzeit weltweit 200 Start Ups, die versuchen würden, die Produktion von Obst und Gemüse zu dezentralisieren und sie direkt in die Hände der Verbraucher zu legen. Vor dem Hintergrund, dass allein im vergangenen Jahr 4,6 Mrd. US-Dollar in sogenannte „AgTechs“ (Start Ups im Agrarbereich, die disruptive Geschäftsmodelle verfolgen) investiert wurden, warnte Voss davor, den Trend der Digitalisierung „wegzubügeln“ und sich gegenüber Veränderungen auf eine arrogante Haltung zurückzuziehen. Schon in anderen Wirtschaftszweigen seien neue Entwicklungen anfangs belächelt worden, die nun state of the art seien. In der Diskussion mit dem Ausschuss wurden Fragen nach dem Gewährleistungsrecht und der Haftung aufgeworfen. Voss brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass regulatorische Fragen die Entwicklung im Ergebnis nicht aufhalten würden. Der Handel werde auch weiterhin funktionieren, wenn er für die Kunden ein guter Ansprechpartner sei und ihnen einen Mehrwert liefere.

Weitere Themen und Termine

Weitere Themen der Sitzung waren neben den Dauerbrennern EU-Kontroll-Verordnung und EU-Öko-Verordnung das von der Europäischen Kommission im Dezember 2015 vorgestellte Circular Economy Paket sowie die daraus resultierende neue EU-Düngemittel-Verordnung. Zu letzterem Punkt berichtete Bernd Gruner aus dem Brüsseler Büro des BGA über den aktuellen Stand. Die Kommission will durch die neue Verordnung den Zugang von organischen und abfallbasierten Düngemitteln auf den EU-Markt erleichtern. Das Circular Economy Paket befasst sich überwiegend mit

Umwelthemen und wird im BGA federführend vom Umweltausschuss behandelt. Im Agrarausschuss wurden neben der neuen EU-Düngemittelverordnung auch die Pläne zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung vorgestellt, die im Circular Economy Paket vorgesehen sind.

① Die nächste Sitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft wird am 25. August 2016 in Bonn stattfinden. An diesem Tag wird auch das Barbecue der im BGA organisierten Agrarverbände ausgerichtet.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

"Mehr Grenzen in Europa führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Wohlstand" DIHK-Chef zu Gast auf der 26. Berliner Mittwochsgesellschaft

Der Einladung der METRO GROUP in Kooperation mit dem BGA und dem Einzelhandelsverband HDE zur 26. Mittwochsgesellschaft folgten mehr als 130 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Präsident des DIHK, Dr. Eric Schweitzer, sprach in seinem wirtschaftspolitischen Statement neben dem zentralen Thema Flüchtlingskrise zahlreiche weitere Themen, wie zum Beispiel TTIP und das Schengen-Abkommen an.

Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, sei eine der wichtigsten Aufgaben. Dr. Schweitzer betonte, dass die IHKs hierfür aus eigenen Mitteln 20 Millionen Euro bereit und in der Fläche 170 Mitarbeiter zur Verfügung stellten. Auch die Metro GROUP hat ein Flüchtlings-Soforthilfeprogramm in Höhe von 1 Million Euro aufgelegt. Neben der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen diskutierten die Gäste mit Dr. Schweitzer über die Chancen der Zuwanderung, insbesondere in Bezug auf die demographische Entwicklung.

Zur konjunkturellen Entwicklung Deutschlands betonte Dr. Schweitzer, dass zu wenige Investitionen in die Infrastruktur erfolgten und im europäischen Vergleich hohe steuerliche Belastung und Bürokratiekosten die Unternehmen stark beanspruchten.

Das Freihandelsabkommen TTIP wurde ebenfalls als zentrales Thema für die Zukunft Deutschlands und Europa von Dr. Schweitzer benannt. So betonte er abschließend: „In keinem anderen Land der Welt basiert der Wohlstand so

stark auf dem Handel, wie bei uns“. Mit dem Abkommen hätte Europa die Chance, Standards mit zu definieren. Ohne den Abschluss des TTIP-Abkommens prognostizierte er mittel- bis langfristig einen beträchtlichen Wohlstands- und Arbeitsplatzverlust.

[Kim Cheng]

MITTELSTAND

Deutscher Mittelstand behält das Vertrauen bei

Die mittelständischen Unternehmen Deutschlands sind dank der kräftigen Binnenkonjunktur weiter in Hochstimmung. In der Frühjahrsanalyse 2016 „Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand“ von Creditreform. Die negativen Schlagzeilen und die Befürchtungen um eine weitere Abkühlung der Weltkonjunktur haben den Mittelstand derzeit nicht beeinträchtigt. Der Creditreform Geschäftsklimaindex stieg folglich auf 21,7 Punkte und schloss somit um 5,2 Zähler höher. Die besser bewertete Lageeinschätzung als auch die gestiegenen Erwartungen waren für den Anstieg des Geschäftsklimaindexes verantwortlich. Dabei verbesserten sich zum Vorjahr die Auftragseingänge im Handel als auch im Dienstleistungsgewerbe deutlich. Zudem entwickelten sich die Umsätze im Mittelstand positiv. Jedes dritte bis vierte Unternehmen konnte seinen Umsatz steigern, laut Creditreform. Nur jedes fünfte Unternehmen verzeichnete in derselben Zeitspanne Umsatzeinbußen. Der milde Winter trug im Baugewerbe zur begünstigten Umsatzentwicklung bei. Die starke Binnenkonjunktur schob die Umsätze im Dienstleistungsgewerbe deutlich an.

Trotz des zunehmenden Fachkräftemangels konnten die mittelständischen Unternehmen zusätzliche Mitarbeiter gewinnen. Laut Creditreform konnten dabei knapp ein Viertel der Befragten Unternehmen das Beschäftigungsniveau weiter aufstocken und wollen auch diese expansive Personalplanung beibehalten.

Des Weiteren sind die mittelständischen Unternehmen bei ihren Investitionsvorhaben zuversichtlich. Drei von fünf Unternehmen planen ein Investitionsvorhaben. Allerdings will die Mehrzahl der investitionsbereiten Unternehmen Ersatzinvestitionen vornehmen. Nichtsdestotrotz erreicht die Investitionsneigung den höchsten Wert seit 2007. Ferner hat der Mittelstand die Verschuldung weiter zurückgeführt

und ist unabhängiger von Bankfinanzierungen geworden. Mittlerweile gilt nahezu ein Drittel der Unternehmen als eigenkapitalstark, konstatiert Creditreform.

Zusammenfassend hat sich der Mittelstand von den Konjunkturängsten nicht anstecken lassen. Auftrags- und Umsatzerwartungen sind weiterhin positiv. Zuletzt haben sich die Erwartungen sogar noch erhöht. Optimismus herrscht deutlich im Bau- und Verarbeitenden Gewerbe. Im Handel ist die gestiegene Zuversicht am schwächsten, dennoch deutlich positiv.

[Moritz Melchior]

VERKEHR

Verkehrspolitische Sprecherin der SPD Kirsten Lühmann, MdB zu Gast im BGA-Verkehrsausschuss

Der BGA-Verkehrsausschuss tagte unter Leitung seines Ausschussvorsitzenden Carsten Taucke, Vorsitzender der Geschäftsführung von Imperial International Logistics am 28. April 2016 in Berlin.

Eine Vielzahl der aktuellen Themen, wie der Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030 und die Ausweitung der Maut auf alle Bundesstrassen, diskutierten die Teilnehmer mit Kirsten Lühmann, der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Teilnehmer betonten, dass es eine Verteuerung des Güterverkehrs, beispielsweise durch die geplante Mautausweitung ab 2018, insbesondere die mittelständische Wirtschaft stark treffen würde. Ein unterschiedlich hoher Mautsatz auf Bundesstraßen und Bundesautobahnen dürfe keinesfalls erhoben werden. Weiterhin sprachen sie sich für eine verstärkte Nutzung des Instrumentes ÖPP bei Straßenbauprojekten aus.

Weiteres Thema der Sitzung war die nationale Umsetzung der SOLAS-Anforderungen zum Wiegen von Containern. Thomas Crerar von der BG Verkehr stellte dar, dass die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO neue Regelungen zum Wiegen von Containern in das SOLAS-Übereinkommen aufgenommen habe. Aufgrund der Änderung muss für Frachtcontainer, die auf SOLAS-Schiffe verladen werden, die verifizierte Bruttomasse dokumentiert sein. Anderenfalls darf der Frachtcontainer nicht verladen werden. Die SOLAS-Änderung tritt zum 1. Juli 2016 in Kraft. In

Bezug auf das Wiegen führte Crerar zwei verschiedene Methoden an.

- ① Weiterführende Informationen zur Bruttomassebestimmung von Frachtcontainern können in der BGA-Geschäftsstelle angefordert werden.

[Kim Cheng]

AUSSENWIRTSCHAFT

Wirtschaftsforum Albanien und Kosovo: Dialog mit Unternehmen zur Modernisierung von Wirtschaft und Rechtsrahmen

Albanien und Kosovo sind für Unternehmen ein interessanter Standort in den aktuell geopolitisch schwierigen Zeiten. Der auch von demokratischem Wandel begleitete wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt in den nach wie vor von Investoren und Handel vielfach unbeachteten Ländern bietet diesen bei allem noch bestehenden Reformbedarf ungenutzte Geschäftsfelder. So lautet das Fazit der Veranstalter des Wirtschaftsforums „Albanien und Kosovo – Perspektiven für deutsche Unternehmer“, dass am 29. April 2016 in der Handelskammer Hamburg stattfand. Mit ausgewiesenen Wirtschaftsexperten beider Länder diskutierten in der Handelskammer über 30 interessierte Unternehmen und Berater. Im Mittelpunkt stand weniger die Politik als vielmehr die konkreten wirtschaftliche Perspektiven und die Anforderungen an einen modernen und verlässlichen Rechtsrahmen.

Der Ausbau der Infrastruktur und die dringend erforderliche Umsetzung von Rechtssicherheit sowie einer Justizreform sind die entscheidenden Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum. Damit einhergehend würden die Attraktivität für ausländische Investoren und der bilaterale Handel mit Deutschland wachsen. Rechtliche Verlässlichkeit und Stetigkeit sind für deutsche Unternehmen wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges Engagement vor Ort. Beide Länder können für Investoren und Handel auf ein attraktives Umfeld verweisen, so die Veranstalter weiter. Neben der Nähe zu europäischen und regionalen Partnerländern sind dies insbesondere günstige Arbeitskosten, motivierte und überwiegend junge Arbeitskräfte, eine hohe IT-Affinität sowie einfache Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und die Zusammenarbeit von Unternehmen.

Ausländische Unternehmen sehen sich jedoch mit intransparenten Ausschreibungen und Rechtsverfahren konfrontiert, was auf das Geschäftsklima ausländischer Investoren drückt, so zusammenfassend eine kritische Einschätzung aus einer aktuellen Umfrage zur Lage und Perspektiven in der Region bei ausländischen Investoren. Während des Forums wurden jedoch auch Beispiele für unternehmerische Perspektiven in den Sektoren Rohstoffen, Konsumgüterversorgung, Leicht- und Metallindustrie, sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse aufgeführt und dabei die Empfehlung angesprochen, dass für einen unternehmerischen Erfolg in der Region verlässliche und seriöse Partner vor Ort ein wichtiger Baustein seien.

Das Wirtschaftsforum wurde federführend von der Handelskammer Hamburg und der Deutsch-Albanischen Wirtschaftsgesellschaft in Kooperation mit der Deutsch-Kosovarischen Wirtschaftsgesellschaft, dem Osteuropaverband der Deutschen Wirtschaft und dem AGA Unternehmerverband Hamburg organisiert. Mit dem Forum knüpfen die Veranstalter auch an die 4. Deutsch-Albanische Wirtschaftskonferenz in Hamburg im Jahr 2010 an. Wie bereits diese fand das Wirtschaftsforum großes Interesse und setzte Impulse für Investitionen, Handel und Dienstleistungen. Für die Veranstalter ist es Bestärkung, sich weiter für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit beiden Ländern stark zu machen.

[Michael Alber]

UMWELT UND ENERGIE

BGA Informationsbroschüre zum ElektroG

Eine neue BGA Informationsbroschüre erläutert die am 25. Juli 2016 in Kraft tretenden Rücknahmeverpflichtungen von Altgeräten des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG). Grundsätzlich ist dieses Gesetz bereits seit dem 24. Oktober 2015 in Kraft. Der BGA hat darüber bereits mehrfach informiert.

Mit dem Gesetz soll eine ordnungsgemäße Entsorgung und Verwertung von Elektrogeräten erreicht werden. Wie bisher müssen sich insbesondere Hersteller sowie Importeure registrieren, bevor sie Geräte in Deutschland in Verkehr bringen und für eine ordnungsgemäße Entsorgung aufkommen. Nur registrierte Hersteller bzw. Importeure dürfen

Elektrogeräte verkaufen und müssen außerdem über eine sogenannte WEEE-Registrierungsnummer verfügen.

Einige Verpflichtungen treten erst noch in Kraft. Insbesondere gilt dies für die Rücknahmeverpflichtung von Altgeräten für den Handel, wie obenstehend bereits erwähnt. Grundsätzlich ist davon der Großhandel nicht betroffen, allerdings kann dies der Fall sein, wenn an Endnutzer Geräte abgegeben werden. Diese Verpflichtung wird in der BGA Informationsbroschüre erläutert. Außerdem werden nochmals die wesentlichen Punkte des Gesetzes und die Auswirkungen auf Großhändler dargestellt.

- Die Informationsbroschüre kann in der BGA-Geschäftsstelle bei Katja Hänel angefordert werden (katja.haenel@bga.de).

[Michael Faber]

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

- Informationen zur Bruttomassebestimmung von Frachtcontainer

Zitat der Woche

»Unsere Regierung will eine Lösung, und wir wollen es dieses Jahr hinkriegen.«

Penny Pritzker, US-Handelsministerin über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 6. Mai 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich